

13.12.2012

## RESOLUTIONSANTRAG

des Abgeordneten Dr. Michalitsch

zur Vorlage der NÖ Landesregierung betreffend des  
NÖ Landes-Bedienstetengesetzes, LT-1382/L-35/8

betreffend **Auswirkungen der Neugestaltung der Unterstützung für Pendler**

In den letzten Wochen ist auf Bundesebene nicht zuletzt auf Initiative des NÖ Landtages die Neugestaltung der Unterstützung für Pendler diskutiert worden. Als Ergebnis dieser Beratungen hat die Bundesregierung gesetzliche Änderungen vor allem im Einkommenssteuergesetz zur Begutachtung ausgesendet.

Eine Änderung bezieht sich auf die Einführung eines Job-Tickets, mit dem der Dienstgeber in Zukunft die Fahrtkosten für ihre Mitarbeiter in der Höhe einer Jahreskarte eines öffentlichen Verkehrsmittels übernehmen kann, ohne dass dafür zusätzlich Lohnsteuer zu bezahlen ist.

Die Anwendungen dieser vorgeschlagenen gesetzlichen Änderungen sollten im Landesbereich für Landes- und Gemeindebedienstete geprüft werden.

Der Gefertigte stellt daher folgenden

**A n t r a g:**

Der Hohe Landtag möge beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung zu prüfen, in welcher Art und Weise die Änderung bei der Unterstützung für die Pendler für Landes- und Gemeindebedienstete angewendet werden kann und nach Beschlussfassung der entsprechenden Regelungen auf Bundesebene mit den Personalvertretungen Gespräche aufzunehmen.“